

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 25

Artikel: PKP und "Novemberereignisse"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095047>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PKP und «Novemberereignisse»

In der Krisensituation vom November hat es sich am besten erwiesen, wie die PKP die von ihr selbst geführten «Volksorganisationen» nach klassischer Manier einzusetzen gedachte, nämlich zur Durchführung eines Staatsstreiches, mit dem sich die Partei als solche nicht zu identifizieren brauchte.

Die PKP war ja (allerdings nur nach ihrem Wähleranteil) in der Koalitionsregierung von Azevedo die ganze Zeit über vertreten, und es konnte somit nicht gut die offizielle Parteilinie sein, im eigenen Namen zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufzurufen. Diese Rolle übernahmen vielmehr jene verschiedenen «Einheitsfronten» und «Volksorganisationen», deren führende Posten praktisch ausnahmslos von PKP-Angehörigen besetzt waren (und noch sind). Allerdings suchte die KP nicht zu verbergen, wo ihre Sympathien lagen. So hatte sie selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden, dass am 12./13. November die dazu aufgebotenen Bauarbeiter (oder «Bauarbeiter») die Regierung belagerten. Auch die landesweiten Kundgebungen vom 16. November (300 000 Teilnehmer laut Angaben der Veranstalter) begrüßte die Partei als vorbeugende Massnahme gegen einen angeblich geplanten Rechtsputsch.

Nachdem die Regierung geschlossen in den «Ministerstreik» getreten war, um den Revolutionsrat plus Staatspräsidenten so oder anders zum Handeln zu zwingen, ging die PKP einen Schritt weiter und rief am 20. November direkt zur Lissabonner Grosskundgebung auf, die formell vom «provisorischen Sekretariat der Arbeiterkommissionen» organisiert wurde. Ihre Resolution war praktisch wörtlich identisch mit dem KP-Aufruf zum Tage. Die Intersindical und die übrigen «Einheitsfronten» unterstützten den Appell der Demonstranten noch am gleichen Tage. Und die KP konnte sich natürlich erst recht einem Text «anschließen», den sie schon vorweggenommen hatte. (Siehe «Prawda», 22. 11. 1975.)

Mit Leichtigkeit entledigte sich Cunhal in diesen Tagen der Aufgabe, zur gleichen Zeit den gewaltsamen Umsturz zu betreiben und einer «politischen Lösung ohne Bürgerkrieg» das Wort zu reden. Als ersten Schritt schlug er in geradezu begütigendem Tonfall vor, eine siebente provisorische Regierung unter Ausschluss der Demokratischen Volkspartei (PPD) zu bilden. Dies unter Berufung auf den Willen des «Volkes» (von dem ein Siebentel der KP in den Wahlen die Stimme gegeben hatte).

Die Frage der faschistischen Vergangenheit muss der PKP ohnehin beträchtliche Unannehmlichkeiten bereiten, da die kleine PKP in der Illegalität von den Agenten der damaligen Sicherheitspolizei PIDE ziemlich stark unterwandert war. Die Zuverlässigkeit der PKP wurde bei den übrigen Gliedern der Widerstandsbewegung gerade aus diesem Grunde ziemlich gering geschätzt. Man vermutete viele Geheimagenten unter den KP-Mitgliedern. (Ausführlicher: «Die kommunistischen Parteien der Welt», herausgegeben von C. D. Kernig, Freiburg-Basel-Wien 1969, S. 425 bis 426)

Geradezu niedlich war dann am 23. November ein Beschluss des PKP-Zentralkomitees. Zur Verteidigung der Revolution habe die Partei beschlossen, mit den andern sozialistischen Organisationen zusammenzuarbeiten. So wurden die eigenen Filialen der Öffentlichkeit als Partner vorgestellt. Gleichzeitig entrüstete man sich darüber, dass die Sozialistische Partei (PSP) da nicht mitmache. («Prawda», 24. 11. 1975)

Bei alledem musste aber wiederum das Militär der entscheidende Faktor sein. Die KP hatte offenbar damit gerechnet, dass die meuternden «revolutionären Einheiten» im Räume Lissabon im gegebenen Moment die übrigen Truppen mindestens neutralisieren würden und dass die freigebige Waffenverteilung an die KP-Sympathisanten unter der Bevölkerung mit Leichtigkeit den Ausschlag geben müsste. (Die Flurbereinigung mit allfälligerweise zu selbstherrlichen Verbündeten, wie COPCON-Chef Carvalho, hätte nach der Machtergreifung stattfinden können.) Nur zeigte sich, dass die Rechnung nicht aufging (Koordinationsfehler?), und der Putsch vom 25. November schlug fehl.

Doch die KP zog selbst in der Niederlage noch Nutzen daraus, dass sie nicht offiziell als Putschmacht aufgetreten war, sondern ihre «Transmissionsriemen» für sich hatte handeln lassen.

Dabei betreibt sie ihr gutes altes Doppelspiel keineswegs so getarnt. «Natürlich stehen wir auf der Seite der Revolutionäre», sagen die Kommunisten in Quintessenz, «aber wir haben es nicht nötig, uns für ihre Taten haftbar machen zu lassen.» Die Erklärung der Politischen Kommission des ZK vom 26. November war in dieser Hinsicht charakteristisch. Sie protestierte gegen die Säuberung der Putschisten (der «patriotischen Linken»), welche die Volksmassen vollumfänglich hinter sich hätten. Ansonsten aber sei sie, die PKP, ja immer für eine politische Lösung gewesen und trete weiterhin dafür ein. Und knüpfte nahtlos an die Forderung an, die sie vor

So ist es nur logisch, dass die PKP um die Archive dieser Geheim- und Sicherheitspolizei einen erbitterten Kampf führte. In der sogenannten «Kommission zur Beseitigung der PIDE/DGS» sassen ursprünglich die Vertreter der Sozialisten, der LUAR (Liga der Revolutionären Aktions-einheit, bestehend aus militärisch organisierten Widerstandsgruppen), der PRP-BR (Revolutionäre Partei des Proletariates — Revolutionäre Brigaden) und der PKP. Letzterer ist es aber gelungen, die nichtkommunistischen Kommissionsmitglieder zum Rücktritt zu zwingen. So haben heute allein die Kommunisten Einsicht in diese Akten. (Vgl. «Osteuropa», Köln, Nr. 10/1975)

(Fortsetzung folgt)

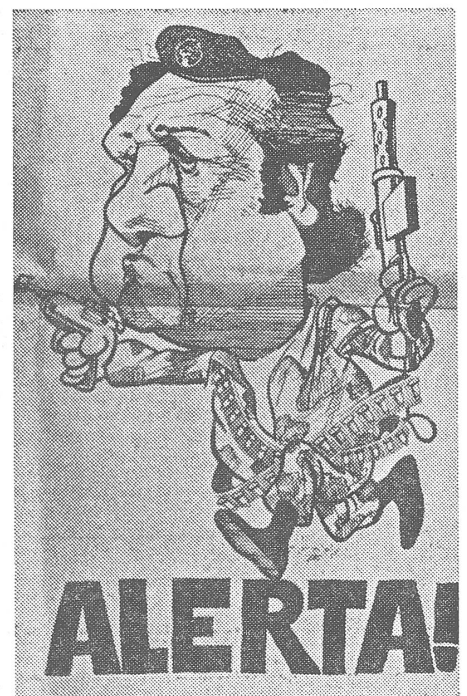
dem Putsch erhoben hatte: Die PPD und die PSP sollten ihre revolutionshinderliche Rolle in der Regierung aufgeben, und diese müsse zur «Plattform vom Sommer 1975» zurückkehren, d. h. auf die Linie der Gonçalves-Regierung, die faktisch kommunistische Machtausübung bedeutet hatte.

Von schöner Unverfrorenheit ist dabei der gleichzeitige Aufruf an die Parteimitglieder, an die «Werk tätigen und alle antifaschistischen Kräfte», sie sollten alles unternehmen, um ihre Organisationen beizubehalten und deren Aktivitäten fortzusetzen, auch angesichts allfälliger behördlicher Einschränkungen. («Prawda», 27. 11. 1975)

*

Das Spiel mit den «Volksorganisationen» und der Intersindical soll also weitergehen. Und wird weitergehen, solange auch die nichtkommunistischen Kräfte finden, man könne halt nicht ohne die KP regieren und man dürfe es auf die letzte Konfrontation nicht ankommen lassen. Wobei die KP mittels ihrer «Transmissionsriemen» beliebige Konfrontationen herbeiführt und sich dabei erst noch die Hände wäscht. Die Kommunisten in den führenden Stellen der «Volksorganisationen» verwirklichen die Personalunion mit Rollenaufteilung: Hier betreiben sie die «revolutionäre Tat», dort fordern sie die «politische Lösung», und die Partei selbst lehnt für das zusätzliche Vereinsleben ihrer Mitglieder jede Verantwortung ab.

Sicher: Dieses Doppelspiel wird heute in Portugal, anders als vor einem Jahr, weitherum durchschaut. Zumal es eigentlich mit recht zynischer Offenheit betrieben wird. Bloss gilt es immer noch nicht als *comme il faut*, allzu genau hinzuschauen.



Soares schlägt Alarm. Eine Karikatur der portugiesischen Zeitung «a Luta», die sich als «sozialistisch, pluralistisch und unabhängig» betont vom monolithischen und sowjetabhängigen Sozialismus der PKP abgrenzt. Dass die demokratischen Kräfte doch alarmiert worden sind, gehört zu den Dingen, welche die KP nach ihren Anfangserfolgen über die Partner nicht mehr in Rechnung gestellt hatte.